

KAMMER DER
WIRTSCHAFTSTREUHÄNDER

Unser Zeichen 3411/10/KG

Sachbearbeiter Mag. Goldhahn/PM

Telefon +43 | 1 | 811 73-250

eMail goldhahn@kwt.or.at

Datum 1. Oktober 2010

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN
BMF – VI/1
z.H. Frau GL Mag. Bernadette Gierlinger
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

**Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über eine Transparenzdatenbank
(Transparenzdatenbankgesetz – TDBG)**
(GZ.: BMF-010000/0004-VI/A/2009)

Sehr geehrte Frau Gruppenleiterin Mag. Gierlinger,

die Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KWT) dankt für die Einladung zur Begutachtung des Entwurfes eines Transparenzdatenbankgesetzes (TDBG) und erlaubt sich, dazu folgende Stellungnahme abzugeben.

Stellungnahme

Ad § 2 Abs 1 iVm § 8 Abs 2 und 3 – Brutto- und Nettoeinkommen

Laut dem Allgemeinen Teil der Erläuterungen wird die Einführung einer Transparenzdatenbank damit begründet, dass derzeit in Österreich von der öffentlichen Hand eine Vielzahl von Leistungen erbracht wird, die weder für die Leistungsempfänger noch für die öffentliche Hand transparent sind. Mit dem Transparenzportal soll eine einfache und übersichtliche Abfrage der Bürger über die von ihnen bezogenen Leistungen ermöglicht werden.

Die KWT unterstützt grundsätzlich die Zielsetzung einer Transparenz der Leistungen der öffentlichen Hand, stellt aber gleichzeitig die Frage, warum eine derartige Datenbank bzw ein derartiges Portal auch Daten iSd § 2 Abs 1 Z 3 und 4 TDBG (Brutto- und Nettoeinkommen) umfassen muss. Bei diesen Einkommensdaten handelt es sich in den meisten Fällen um keine Leistungen der öffentlichen

Hand, sondern um durch eigene Erwerbstätigkeit (zB Löhne und Gehälter, Unternehmensgewinne) oder durch Eigenbeiträge (zB bei Firmenpensionen oder Pensionen aus Unterstützungseinrichtungen der freien Berufe) oder auf Basis von eigenem Vermögen (zB Kapitalerträge jeglicher Art) erworbenes Einkommen. Die öffentliche Hand hat zu diesem Einkommen überhaupt nichts beigetragen! Überdies sind sämtlich Einkommensdaten äußerst sensibel und damit auch missbrauchsanfällig; durch ihren Missbrauch könnte den Betroffenen erheblicher Schaden angerichtet werden. Es stellt sich in diesem Zusammenhang daher vor allem auch die Frage, wie für diese Daten der Datenschutz gewährleistet ist (siehe auch unten).

§ 8 Abs 2 definiert das in die Transparenzdatenbank (TDB) aufzunehmende Bruttoeinkommen für natürliche Personen als Einkommen im Sinne des § 2 Abs 2 EStG zuzüglich der Sozialversicherungsbeiträge bzw für Körperschaften als Einkommen im Sinne des § 7 Abs 2 KStG. Unklar ist dabei, wie etwa steuerbefreite Einkünfte (zB aufgrund innerstaatlicher Normen steuerbefreite Einkünfte oder Einkünfte, die aufgrund von DBAs in Österreich nicht besteuert werden dürfen) sowie auch endbesteuerte Einkünfte (iSd § 97 EStG) dabei erfasst werden, da diese Einkünfte auch der Finanzverwaltung über die Einkommen- bzw Körperschaftsteuererklärung vielfach nicht bekannt sind. Überdies ist das Einkommen iSd § 2 Abs 2 EStG bzw § 7 Abs 2 KStG um Sonderausgaben (§ 18 EStG), außergewöhnliche Belastungen (§§ 34 und 35 EStG) sowie die Freibeträge nach den §§ 104, 105 und 106a vermindert und stellt daher nicht das tatsächliche (wirtschaftliche) Einkommen dar (insbes die Sonderausgaben gelten allgemein als Einkommensverwendung). Unklar ist weiters, wie bei beschränkt Steuerpflichtigen vorzugehen ist (lt EB wird bei beschränkt Steuerpflichtigen in dieser Rubrik nichts angezeigt).

Aus den vorgenannten Gründen empfiehlt die KWT daher dringend, auf die Aufnahme der Einkommensdaten zu verzichten.

Ad § 3 – Auszug aus der Transparenzportalabfrage

Nach dieser Bestimmung kann der Leistungsempfänger Daten oder einen Teil der Daten, die in der Transparenzdatenabfrage enthalten sind, erstellen und „übermitteln“.

Die gesetzliche Normierung einer Ermächtigung zur „Übermittlung“ scheint entbehrlich. Der Leistungsempfänger ist als Betroffener iSd § 4 Z 3 DSG 2000 anzusehen. Die Entscheidung über eine (Weiter-)Verwendung von Daten des Betroffenen steht diesem schon auf Grund seines informationellen Selbstbestimmungsrechtes, welches dem Regime des Datenschutzrechtes inhärent ist, zu. Die ausdrückliche Normierung einer solchen Ermächtigung dürfte daher weniger zur – offenbar beabsichtigten – Rechtssicherheit des Betroffenen sondern vielmehr zu dessen Verunsicherung beitragen, zumal der Gesetzgeber gänzlich offen lässt an wen und unter welchen Voraussetzungen eine solche Übermittlung stattfinden darf.

Es wird daher angeregt, auf die Normierung einer Übermittlungsermächtigung zu verzichten und allenfalls eine (ergänzende) Klarstellung in den Erläuternden Bemerkungen zu treffen.

Ad § 4 – Auswertungen

In den Erläuternden Bemerkungen wird mehrfach darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung die angeforderten Daten nur in aggregierter und „anonymisierter“ Form darstellen darf (vgl etwa die Erläuterungen im Allgemeinen Teil im Abs 1 und 7 und im Besonderen Teil zu § 4).

Schon im Hinblick auf Art 18 B-VG wird empfohlen, im vorliegenden Entwurf auf die einschlägigen und im Datenschutzrecht gebräuchlichen Rechtsbegriffe zurückzugreifen. Dem DSG 2000 sind „anonymisierte Daten“ bzw „Daten in anonymisierter Form“ fremd. Es sollten daher die vom Bundesgesetzgeber regelmäßig verwendeten – und dem Normadressaten bekannten – Begriffe der „nicht personenbezogenen Daten“ bzw „Daten in nicht personenbezogener Form“ verwendet werden.

Nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf und den Erläuterungen zu § 4 ist offenbar beabsichtigt, dass die Daten bereits von der BRZ GmbH in eine nicht personenbezogene Form gebracht und anschließend in dieser Form an die Bundesregierung übermittelt werden sollen. Es wird empfohlen, diesen Ablauf noch deutlicher darzustellen. Bei der gegenständlichen Formulierung ist auch die Interpretation möglich, dass die Daten zunächst in personenbezogener Form von der BRZ GmbH an die Bundesregierung übermittelt werden sollen und die Umwandlung der Daten in eine nicht personenbezogene Form zum Zweck der Veröffentlichung erst auf Ebene des Auftraggebers (Bundesregierung) stattfinden soll. Diese Variante wäre aus datenschutzrechtlicher Sicht abzulehnen, weil das (immanente) Risiko eines Datenmissbrauchs mit jeder – nicht zwingend erforderlichen – Eingriffsebene zunimmt, was mit dem verfassungsgesetzlich gebotenen Verhältnismäßigkeitsprinzip (vgl § 1 DSG 2000) nicht in Einklang zu bringen wäre.

Die (datenschutzrechtlich essentielle) Klarstellung, wonach die Bundesregierung die Daten nur in „nicht personenbezogener Form“ verwenden darf, ist nach Auffassung der KWT auch unmittelbar im Gesetz und nicht (nur) in den Erläuternden Bemerkungen geboten.

Ad § 5 – Öffentliche Mittel

Die Begriffsbestimmung weicht gegenüber jener im § 3 EStG idF AbgÄG 2010 geringfügig ab; eine Angleichung ist empfehlenswert.

Ad § 9 – Sozialversicherungsrechtliche Leistungen

Als Sozialversicherungsleistungen gelten laut Entwurf – und zwar ohne jegliche Einschränkung – Geldleistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung (§ 9 Abs 1 Z 1) und auch Bezüge aus Versorgungs- und Unterstützungseinrichtungen der Kammern der selbständig Erwerbstätigen (§ 9 Abs 1 Z 2). Als Ruhe- und Versorgungsbezüge sollen auch Bezüge aus Versorgungs- und Unterstützungseinrichtungen der Kammern der selbständig Erwerbstätigen angesehen werden (§ 9 Abs 2 Z 2).

Nicht nachvollziehbar ist in diesem Zusammenhang die Aufnahme von Bezügen aus Versorgungs- und Unterstützungseinrichtungen der Kammern der selbständig Erwerbstätigen, da diese Leistungen und Bezüge ebenso wenig als Leistungen der öffentlichen Hand angesehen werden können wie die Leistungen der Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates nach dem NVG 1972, da sämtliche dieser Leistungen und Bezüge ausschließlich von den jeweiligen Freien Berufen selbst finanziert werden und auch keine Ausfallhaftung des Bundes besteht. Angesichts der Eigenfinanzierung sind diese Leistungen und Bezüge daher nach Ansicht der KWT nicht im TDBG zu erfassen. Die KWT regt daher an, von einer Einbeziehung dieser Leistungen und Bezüge in die Transparenzdatenbank Abstand zu nehmen.

Ad § 10 – Ertragsteuerliche Ersparnisse

Ad Abs 1

Als Leistungen iSd TDBG gelten nach § 8 Abs 1 auch „Ertragsteuerliche Ersparnisse“. Nach der Entwurfsfassung wird offensichtlich nur die Steuerersparnis aus den in § 10 Abs 1 TDBG angeführten Begünstigungen berücksichtigt, **nicht jedoch eine allfällige Nachversteuerung dieser Begünstigungen**, die konsequenterweise als **negative Steuerersparnis** in die Transparenzdatenbank aufzunehmen ist. Dies gilt für die meisten der angeführten Positionen (zB Nachversteuerung Gewinnfreibetrag wegen späterer Nichterfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen; Nachversteuerung Sonderausgaben, Nachversteuerung von Freibeträgen, Nachversteuerung von Auslandsverlusten bei Gruppenbesteuerung etc).

Weiters ist zu berücksichtigen, dass derartige Nachversteuerungen das nach § 8 Abs 2 anzugebende Einkommen (§ 2 Abs 2 EStG; § 7 Abs 2 KStG) erhöhen, ohne dass dadurch im betreffenden Jahr eine erhöhte Leistungsfähigkeit gegeben ist.

Darüber hinaus liegen bei einigen der angeführten Positionen schon aus steuersystematischen Gründen nicht die Voraussetzungen für „ertragsteuerliche Ersparnisse“ vor bzw sind zusätzliche Aspekte zu berücksichtigen. Im Einzelnen ist daher Folgendes anzumerken:

Ad Z 1 – Steuerbefreiungen gem § 3 Abs 1 EStG

Hier wird nicht berücksichtigt, dass Steuerbefreiungen idR zu einem Absetzverbot von Aufwendungen nach § 20 EStG bzw § 12 KStG führen. Als Ertragsteuerersparnis kann daher nur die Differenz zwischen steuerbefreiten Einnahmen und steuerlich nicht absetzbaren Ausgaben behandelt werden.

Unter gleichheitsrechtlichen Gesichtspunkten stellt sich überdies die Frage, warum lediglich Steuerbefreiungen gem § 3 EStG und nicht auch Steuerbefreiungen in anderen Gesetzen (wie zB in § 3 Abs 3 Kunstförderungsgesetz) unter die "relevanten ertragsteuerlichen Ersparnisse" fallen sollen.

Ad Z 2 – nicht steuerbare Beträge gemäß § 26 Z 4 EStG

Nicht nachvollziehbar ist, warum nicht steuerbare Beträge gem § 26 Z 4 EStG (Diäten, KM-Gelder) als „ertragsteuerliche Ersparnis“ behandelt werden. Es handelt sich dabei bekanntlich um pauschalisierte Kostenersätze, bei denen eine Steuerersparnis daher nur insoweit vorliegen kann, als die pauschalierten steuerfreien Kostenersätze die tatsächlich angefallenen Aufwendungen übersteigen (weil die tatsächlichen Aufwendungen ja andernfalls als Werbungskosten berücksichtigt werden müssten). Ein derartiger Nachweis wäre aber wohl mit einem unverhältnismäßig hohen und damit nicht vertretbaren Verwaltungsaufwand verbunden. Es wird daher angeregt, diese Position zur Gänze zu streichen.

Ad Z 6 – Gewinnfreibetrag gemäß § 10 EStG

Wenn der Gewinnfreibetrag gem § 10 EStG in die "ertragsteuerlichen Ersparnisse" miteinbezogen wird, so muss dies konsequenterweise auch für die Steuerersparnis in Zusammenhang mit der begünstigten Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes gelten (zu den Hintergründen für die Einführung des Gewinnfreibetrags siehe zB *Mayr*, RdW 2009/188, 236: "Die Erhöhung auf 13 % ist als Ausgleich für die Sechstelbegünstigung von unselbständigen Erwerbstätigen gedacht, weil die Sechstelbegünstigung zu einer steuerlichen Entlastung von rund 14 % führt ...").

Ad Z 7 – Sonderausgaben

Nach Ansicht der KWT handelt es sich bei der Absetzbarkeit von dauernden Lasten (§ 18 Abs 1 Z 1 EStG) und Steuerberatungskosten (§ 18 Abs 1 Z 6 EStG) nicht um Steuerbegünstigungen, sodass diesbezüglich eine Aufnahme der Steuerersparnis in die Transparenzdatenbank irreführend erscheint. Andererseits handelt es sich bei den Sonderausgaben des § 8 Abs 4 Z 1 KStG eindeutig um dem § 18 Abs 1 EStG entsprechende Steuerbegünstigungen für Körperschaften, welche konsequenterweise in die Z 7 zusätzlich aufzunehmen wäre.

Ad Z 9 – Steuerfestsetzung bei Schulderrass gemäß § 36 EStG

Zum einen kann nicht die Steuerfestsetzung selbst die "ertragsteuerliche Ersparnis" sein, sondern nur der Differenzbetrag zwischen voller und reduzierter Besteuerung. Zum anderen stellt sich unverändert die Frage, inwieweit die steuerliche Behandlung des Sanierungsgewinnes tatsächlich eine Begünstigung und damit eine "ertragsteuerliche Ersparnis" darstellt (dazu *Walder*, ÖStZ 1996, 218 ff. mit entsprechenden Hinweisen in FN 9 bis 11); diese Aussage gilt auch für § 10 Abs 1 Z 17 (die Begünstigung für Sanierungsgewinne gemäß § 23a KStG).

Ad Z 10 – Hälftesteuersatz

Bei der Besteuerung der Beteiligungserträge gemäß § 37 Abs 4 EStG handelt es sich um keine Steuerbegünstigung, sondern um eine systematisch notwendige Regelung im Bereich der Unternehmensbesteuerung von Kapitalgesellschaften (Grundsatz Einfachbesteuerung, 1.

Hälftebesteuerung in der Körperschaft, 2. Hälftebesteuerung bei Ausschüttung bzw Veräußerung), sodass die Einkünfte gemäß § 37 Abs 4 EStG schon aus systematischen Gründen nicht in die TDB aufzunehmen sind. Die Einkünfte des § 37 Abs 4 sind daher von der Z 10 auszunehmen.

Da die übrigen Einkünfte idR bereits dem Hälftesteuersatz unterliegen, ist in der Z 10 nur die Hälfte der Einkünfte anzusetzen, um durch die Multiplikation mit dem vorgesehenen vollen Steuersatz zu einer betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich annähernd richtigen Steuerersparnis zu kommen bzw ist die Berechnungsformel für die Z 10 insoweit zu adaptieren, dass insoweit mit dem halben Grenzsteuersatz gerechnet wird.

Auch hier ist die formell-legistische Ausgestaltung unbefriedigend: Während in § 10 Abs 1 Z 10 statuiert wird, dass die dort aufgezählten Steuersatzermäßigungen ertragsteuerliche Ersparnisse darstellen, spricht Abs 2 leg cit vom Betrag gem Abs 1 Z 10. Eine "Ermäßigung des Steuersatzes" (Abs 1 Z 10) ist allerdings noch kein absoluter Betrag (= Bemessungsgrundlagenreduktion), der sich dazu eignen würde, durch Multiplikation mit dem Grenzsteuersatz die tatsächliche ertragsteuerliche Ersparnis zu errechnen.

Ad Z 14 – ausländische Gruppenmitglieder

Es muss klargestellt werden, dass die Nachversteuerung der Verluste von ausländischen Gruppenmitgliedern als negative Steuerersparnis in die Transparenzdatenbank aufgenommen wird. Fraglich ist in diesem Zusammenhang auch, wie vorzugehen ist, wenn die Verluste ausländischer Gruppenmitglieder im Inland zu gar keine Steuerersparnis führen, weil zB in der inländischen Unternehmensgruppe insgesamt ein Verlust erwirtschaftet wurde.

Ad Z 15 – Privatstiftungen

Es erscheint zutreffender, die Hälfte der Einkünfte gemäß § 22 Abs 2 KStG in die Berechnung einzubeziehen, weil diese Einkünfte idR bereits mit 12,5 % besteuert sind und daher die Steuerersparnis nur 12,5 % beträgt. Die derzeit vorgesehene Regelung, die Differenz zwischen dem Körperschaftsteuersatz und dem Zwischensteuersatz von 12,5% nochmals mit einem Steuersatz zu multiplizieren, führt zu einem unsinnigen Ergebnis. Völlig unklar ist auch, wie bei diesen Berechnungen die Zuwendungen von Stiftungen an Begünstigte zu berücksichtigen sind, bei denen es ja durch den Anfall der vollen KEST in Höhe von 25% zu einer Aufholung der steuerlichen Begünstigungen in der Stiftung kommt (25% Zuwendungs-KEST abzüglich bisher bezahlte Zwischensteuer in Höhe von 25% der Basis der Zuwendungs-KEST).

Ad Abs 2

Absatz 2 sollte legistisch noch überdacht werden. Nur insoweit sich die Beträge tatsächlich einkommensmindernd ausgewirkt haben, sollten sie berücksichtigt werden. Außerdem genügt ein einfacher Verweis auf Absatz 1 (anstelle des Verweises auf Z 1 – 17), da ja sämtliche Ziffern des Absatz 1 von Absatz 2 erfasst werden.

Betreffend **Steuersatz** ist Folgendes kritisch anzumerken: Liegt beim Steuerpflichtigen ein negatives Einkommen vor, scheinen in der Transparenzdatenbank keine Ertragsteuerersparnisse auf, obwohl über den steuerlichen Verlustvortrag in Hinkunft bei entsprechendem Einkommen eine Ertragsteuerersparnis möglich ist. Auch bei sehr geringem Einkommen (uU nur infolge der Inanspruchnahme von ertragsteuerlichen Begünstigungen) kann der Grenzsteuersatz „Null“ betragen.

Da bei Körperschaften generell der Steuersatz von 25 % zur Anwendung gelangt, erscheint es betriebswirtschaftlich idR zutreffender, die Beträge immer mit 25 % zu multiplizieren.

Bei Einkommensteuerpflichtigen könnte überlegt werden, ob bei keinem positiven Einkommen oder bei geringem Einkommen unterhalb der 1. Tarifstufe (36,5 %) anstelle des Grenzsteuersatzes (der in diesen Fällen „Null“ ist) generell die 1. Tarifstufe des § 33 Abs. 1 EStG 1988 von 36,5 % (= 5.110/14.000) zur Anwendung gelangen sollte. Denn erwartet der Einkommensteuerpflichtige für Folgejahre nicht zumindest Einkünfte in einer Höhe der 1. Tarifstufe, wird er – soweit möglich – auch die Begünstigungen nicht geltend machen.

Textvorschlag für neuen Absatz 2 und 3:

„(2) Als ertragsteuerliche Ersparnis sind die einkommensmindernd abgesetzten Beträge gemäß Abs. 1 multipliziert mit dem Steuersatz gemäß Abs. 3 anzusetzen.

(3) Bei Körperschaftsteuerpflichtigen beträgt der in Absatz 2 anzuwendende Steuersatz 25 %; bei Einkommensteuerpflichtigen ist jener Steuersatz anzuwenden, der auf der Grundlage des Abgabenbescheides oder des Lohnzettels gemäß § 84 EStG 1988 auf den letzten Teil des Einkommens des Leistungsempfängers anzuwenden ist, zumindest aber ist ein Steuersatz von 36,5 % (5.110/14.000) anzuwenden.“

Weiters müsste sichergestellt werden, dass spätere Änderungen der Einkommen- und Körperschaftsteuer-Bescheide (Versagung von Begünstigungen, Nachversteuerungen etc) auch in der Transparenzdatenbank ihren Niederschlag finden.

Ad § 11 – Förderungen

Als konsequente Fortsetzung des Gedankens, dass steuerliche Ersparnisse in die TDB aufzunehmen sind, müsste bei den ebenfalls aufzunehmenden Förderungen auch berücksichtigt werden, ob diese (unmittelbar oder mittelbar durch die mit der Steuerfreiheit verbundene Nichtabsetzbarkeit von Ausgaben) steuerpflichtig sind und daher davon eine Steuerbelastung in Abzug zu bringen ist.

Ad § 14 – Sachleistungen

Die Aufnahme von Sachleistungen in die TDB sollte in Anbetracht der damit verbundenen erheblichen Probleme nach Ansicht der KWT nochmals überdacht werden.

Zunächst stellt sich die Frage, welcher Aufwand mit der Erfassung des Mengen- und Wertgerüsts für die Aufnahme von Sachleistungen in die TDB verbunden ist. Insbesondere die betriebswirtschaftlich sinnvolle Bewertung der Leistungen wird mit erheblichen Problemen verbunden sein (werden zB nur variable Kosten oder auch Fixkosten berücksichtigt; wie werden die Kosten aufgeschlüsselt und den einzelnen Leistungen zugerechnet, wie werden die Leistungen den Patienten zugerechnet etc). Dies gilt nach Ansicht der KWT vor allem im Gesundheitsbereich, aber auch bei der Aus- und Fortbildung in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Wie soll etwa ein Spitalsaufenthalt bewertet werden, wie eine Operation, wie eine Behandlung mit teuren medizinischen Geräten, die vielleicht nur wenig genutzt werden, wie der Besuch einer Schule oder Universität, und welche Schlüsse will man aus derartigen, im Ergebnis wohl weitgehend willkürlichen „Bewertungsspielereien“ eigentlich ziehen?

Bei den Leistungen im Gesundheitsbereich ist überdies zu bedenken, dass diese Leistungen zu einem wesentlichen Teil auf dem Versicherungsprinzip beruhen, weil die Leistungsempfänger dafür idR Krankenversicherungsbeiträge bezahlen. Wie soll dieser Umstand bei der Bewertung berücksichtigt werden?

Nach Ansicht der KWT besteht daher die Gefahr, dass durch die Aufnahme von Sachleistungen in die TDB angesichts der damit verbundenen Probleme und Zweifelsfragen der grundsätzlich richtige Grundgedanke der TDB – nämlich bürgerbezogene Erfassung der staatlichen Transferleistungen – konterkariert bzw ad absurdum geführt wird.

Sonstige Anmerkungen

Nach Ansicht der KWT sollte das derzeitige Konzept hinsichtlich der organisatorischen und technischen Umsetzung nochmals wie folgt überdacht werden:

- Der Aufbau der TDB sollte stufenweise erfolgen. Dabei sollte sowohl die Dringlichkeit als auch die Machbarkeit berücksichtigt werden. In einer ersten Ausbaustufe sollten Transferleistungen ieS erfasst werden. Komplexere Informationen, wie zB zu bewertende Sachleistungen, sollten erst in späteren Ausbaustufen realisiert werden. Die Erstellung einer entsprechenden Machbarkeitsstudie sollte überlegt werden.
- Aus datenschutzrechtlicher Sicht könnte die permanente Speicherung der Daten unterschiedlichster Rechtsträger an einer Stelle durch eine Datenbereitstellung auf Anforderung ersetzt werden. Auf Grundlage standardisierter Schnittstellen könnte dem Anfrager innerhalb einer Frist von zB 48 Stunden eine Auskunft bereitgestellt werden. Ein vergleichbares Konzept liegt dem „Virtual Company Dossier“ zugrunde, bei dem für öffentliche Beschaffungsvorgänge Firmendaten aus verschiedenen Registern zusammengestellt werden. Würde man dem Anfrager die Ergebnisse zB in Form eines pdf-Dokumentes zur Verfügung stellen, das nach einer angemessenen Frist am Webserver gelöscht wird, wären datenschutzrechtliche Bedenken ausgeräumt und könnten auch die Kosten einer Datenvorratshaltung bei möglicherweise nur sehr geringen Anfragezahlen vermieden werden. Das Ergebnis der Abfrage könnte über einen der elektronischen Zustelldienste erfolgen, wie dies zB auch bei der Anforderung der Strafregistrauskunft erfolgt.

- Für Auswertungen im Auftrag der Bundesregierung wären die konkret erforderlichen Daten in gleicher Weise zusammenzustellen. Damit würde die Kontrolle der Datenverwendung durch die Bundesregierung besser gewährleistet als bei einer dauerhaften Speicherung in einer zentralen Datenbank. Technisch wäre so ein Vorgang mit den Registerzählungen der Statistik Austria vergleichbar, die technische Machbarkeit scheint daher gesichert zu sein.

Diese Stellungnahme wird von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder an die Präsidentin des Nationalrates in elektronischer Form an die E-Mailadresse des Parlaments begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at übermittelt.

Wir ersuchen höflich, unsere Vorschläge bzw. Anregungen zu berücksichtigen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Karl Bruckner e.h.
(Vizepräsident und Vorsitzender
des Fachsenats für Steuerrecht)


Dr. Gerald Klement
(Kammerdirektor)

Referenten:

Prof. Dr. Karl Bruckner
Univ.-Prof. MMag. Dr. Klaus Hirschler
Dr. Werner Pilgermair
MMag. Dr. Peter Pülzl, LL.M.
Mag. Gottfried Maria Sulz